

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zeile 20 Reichspfennige. Eingeladene 50 Reichspfennige.

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Reichsmark mit Anzeigen, einzelne Nummern 15 Reichspfennige. Gemeinde-Verbands-Stromkonto Nummer 3. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Postfachkonto Dresden 12 548.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 56

Montag, am 8. März 1926

92. Jahrgang

Leitendes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Nachdem am Sonnabend vormittag an der Deutschen Mästerschule die mündlichen Prüfungen stattgefunden hatten, fand nachmittags 3 Uhr die Entlassung der abgehenden Schüler statt. Im Vortragssaal hatten sich außer dem Lehrerkollegium und der Schülerschaft auch der Regierungskommissar Oberregierungsrat Benisch, Vertreter der städtischen Kollegien, des Schulausschusses, Herren aus der Bürgererschaft eingefunden. Sie wurden vom Direktor der Schule, Gewerbe-Oberstudienrat Ingenieur Meller, begrüßt, der dann einen kurzen Vortrag über die Entwicklung der Mästerschule und des Mühlenbaues hielt. Seit uralten Zeiten wird die hauptsächlichste menschliche Nahrung aus Getreide hergestellt, das Mehl zu Brot verarbeitet. Kraft ist daher auch die Mästerschule und der Mühlenbau. In Hand von Lichtbildern zeigt Meller die indische „Walzen“-müllerei, wie der „Mahlgang“ schon bei den Ägyptern gedächlich und im alten Pompeii schon der Mühlenbauer nötig war, wie dann der Handkraft-Antrieb, durch Tretrad, später durch tierischen Antrieb (Pferde, Ochsen) ersetzt wurde, wie man die Wasserkraft (besonders in Deutschland) in unterschlächtigen und später in ober- und unterschlächtigen Wassermühlen verwendete, welche heute noch einen bedeutenden Konsumrenten der Turbinen bilden, wie man den Wind zum Antrieb benutzte, auf großen Strömen Schiffsmühlen erbaute. Ein Gang durch eine moderne Mühle, gelehrt in Kraftanlage, Mühle und Speicher, folgte. Die Bilder zeigten Außenansicht, den Walzenständer, die Oriespindel, der die Aufgabe zufällt, ein besonders gutes weiches Mehl zu erreichen, die Sichter, weitere die Getreidereinigung, Trieuranlage, Schlämme, Wärferei und Wäperei. Arbeits- und Mühlenpläne veranschaulichten das Ganze, bis Bilder und Erklärungen von Silos (darunter Braunesilber Silo Coschütz-Dresden) und moderne Transportanlagen (Elevatoren, Förderbänder, pneumatische Saugheber) den Lichtbildteil des Vortrags beschloß. Wie aus den Handmühen, so fahre Redner fort, unsere heutigen großen Mühlenbetriebe entstanden sind, wie aus den alten, einfachen Mählungen die modernen Maschinen und Anlagen sich entwickelt haben, so möchte auch das Samen Korn, das an der Schule gegeben worden sei, auch Schülern eine schöne Zukunft erwachen lassen. Nicht mähelos seien uns die Errungenschaften an Mühlenbetrieb und -bau in den Schöpfung, so müsse auch die Zukunft des einzelnen erarbeitet werden. Die Grundlagen seien gegeben worden, auf ihnen gelte es weiter zu bauen. Die schwere Zeit, die auf der Industrie gegenwärtig lastet, lasse keine großen Hoffnungen zu, aber keine möge den Kopf mühslos hängen lassen. Direktor Meller hat die Abgehenden, mit der Schule in Verbindung zu bleiben, gern an sie, die ihnen die Grundlagen für ihr Fortkommen gegeben, zurückzudenken; möchte für die Abgehenden immer Dippoldiswalde der Mittelpunkt der Erde sein. Ein „Glück zu!“ auf den ferneren Lebensweg. — Zur Prüfung gemeldet hatten sich 54, davon wurde 1 Prüfling nicht zugelassen, einer mußte wegen Krankheit zurücktreten, mithin blieben 52 zu prüfen. Es haben ohne mündliche Prüfung bestanden: Mit Auszeichnung: 2; gut bestanden: 11; bestanden: 25; zusammen 38; nicht bestanden: 1. Mündlich zu prüfen blieben 15 Prüflinge und die beiden für die Auszeichnung Vorgeschlagenen. Von diesen kannte dreien das Prüfungsergebnis leider nicht erteilt werden. Belobigungen erhielten: 1. von den Prüflingen: Willy Weichig aus Großschönau, Robert Koch aus Hamm, Westfalen, Herbert Krause, Schleifen, Moritz Mayr aus Rahn am See, Alwin Pinnow aus Witten, Preußen, Engelbert Hoppie aus Weichenhorn, Bayern, Willy Scholz aus Rohl-Orbas, S. S., Nikolaus Jenseps aus Ekeleschewar, Ungarn; 2. von den Schülern der unteren Klassen: Carl Doß, Neu-Brenz, Mecklenburg, Franz Driesz aus Pechsburg, Ungarn, Rudolf Kertcher aus Langenleuba, Sachsen, Walter Bräuner aus Dippoldiswalde, Stephan Libor aus Peck, Ungarn. Nach Bekanntgabe dieses Prüfungsergebnisses entließ Gewerbe-Oberstudienrat Meller die Abgehenden mit besten Wünschen für deren Zukunft aus dem Verbands der Anstalt, woran sich die Jahresverteilung angeschlossen. Mit Dank an die Kollegen für ihre treue Mitarbeit bei Unterrichts-Erteilung an über 150 Schülern, an die städtischen Behörden für deren Entgegenkommen, an das Wirtschaftsministerium für seine Unterstützung, die auch weiter genützt werden möchte, mit dem Wunsch für Wachsen und Blühen von Mästerschule und Mühlenbau bis in die fernsten Zeiten, schloß Direktor Meller seine Ausführungen. Im Namen des A.-S.-Verbandes vom Verein „Glück zu!“, der immer regen Anteil an dem Ergehen der Schule nimmt, überreichte Ingenieur Treupel, hier, den Schülern und Mitgliedern des Vereins „Glück zu!“ Alwin Pinnow aus Witten (Preußen) und Wilhelm Steuernagel aus Niederstrehlen (Hessen) auf Vorschlag des Lehrerkollegiums Prämien in Gestalt von Weinpokalen mit Vereinsmappen. Er hob dabei hervor, daß sie sich durch Pflichterfüllung und besonderen Fleiß hervorgetan hätten und daß sie, auch in der Praxis ihren Mann zu stellen. Hiermit schloß die Feier.

Am Sonnabend abend hielt im Schützenhaus der Verein „Glück zu!“ sein Semerkerschuß-Vergnügen ab. Der Saal war mit Hirschwildern und durch grün-weiß-rote Wände usw. festlich geschmückt; die Besucherzahl war gegen die letzten Male etwas geringer. Das mag daran liegen, daß diesmal das Vergnügen nach dem Abschiedskommers lag und ein Teil der Kommissionen bereits abgereist war. Pünktlich 9½ Uhr wurde der Kommers mit dem „Glück zu!“-Marsch eröffnet; nach weiteren zwei Musikstücken zog das Präsidium mit der Fahne auf und alsbald erklang das „Glück zu!“-Lied, dem nach einem weiteren Musikstück das Farbenlied folgte. In kurzen, markigen Worten begrüßte Präside Wehr die Erschienenen, richtete Worte des Abschieds an die scheidenden Kommissionen und leerte sein Glas auf deren Wohl und auf freies Zusammenhalten. Weitere Ansprachen folgten nach dem Gesange des Kommersliedes „Wir sind heraus“. Expräside Otto dankte im Namen der scheidenden Direktor und Lehrerschaft der Mästerschule für ihre Mühen, sie mit so reichem Wissen versehen zu haben, der Bürgererschaft für die gemehrte Gastfreundschaft und lehrerzeitiges Wohlwollen. Die Zurückbleibenden hat er, die Farben grün-weiß-rot jederzeit

hochzuhalten, was sie, die Abgehenden, alle in der Ferne beweisen würden, wenn sie jetzt auch ungen von hier, wo sie die sorgloseste Zeit ihres Lebens verbracht, scheideten. Seine Worte schlossen mit einem Dankesalamander zu Ehren des Lehrerkollegiums, der E. M., A. S. und Bürgererschaft. Vertreter der Bruderverbindungen Teutonia-Chemnitz und Sagania-Glaschütze dankten für Einladung und lieben Ehren-Salamander. Für die Lehrerschaft und alle anderen Gäste sprach Gewerbe-Oberstudien-Rat Direktor Ingenieur Meller den Dank aus. Man wolle den scheidenden das Herz nicht schwer machen, sondern noch einmal mit ihnen recht vergnügt sein. Möchte der Abend frohlich verlaufen, daß ihnen ein gutes Gedächtnis an Dippoldiswalde bleibe. Er wünsche den scheidenden alles Gute. Möchte sich das Samen Korn, das an der Schule gelegt worden sei, zu einem mächtigen Baum entwickeln, in dessen Schatten sich gut ruhen lasse. Möchte keiner die Stätte vergessen, in der er die schönste Zeit seiner Jugend verleben konnte, jeder gern hierher zurückdenken. Mit Gesang des Liedes: „O alte Burgenbergschlucht“ schloß der Kommers, das Präsidium marschierte ab und bald begann dann der Tanz, durch einen Rundgang eröffnet. In seinem Verlauf wurde noch mancherlei geboten. Fräulein Traute Kettner, von ihrem Vater am Klavier begleitet, sang mehrere Lieder und erntete dafür rauschenden Beifall. Was sie bot war, auch reichsten Beifalls wert. Ihre schon früher wohlhante Stimme ist jetzt herrlich durchgebildet, ihr Gesang rein und von deutlicher Aussprache. Dem später folgenden Theaterstück, einer Parodie auf „Alt Heidelberg“, ist solch gute Kritik aber zu versagen. Die mitwirkenden „Glück zu!“er und vor allem die Damen gaben sich wohl rechtliche Mühe im Spiel, aber wo nichts zu holen ist, ist auch alle Mühe vergebens, und aus dem Stück war wirklich nichts zu holen. Mit weiteren Vorträgen und fröhlichem Tanz schloß der Abend, mit einem Frühstücken und Katerpummel am Sonntag das ganze Vergnügen ab.

Dippoldiswalde. Nach langen Verhandlungen, die auf zwei Jahre zurückreichen, ist kürzlich ein neuer Arztvertrag zwischen Vertretern der Ärzteschaft und des Verbandes der Krankenkassen Dippoldiswalde-Stadt und -Land geschlossen und genehmigt worden. Zu einer allgemeinen Aussprache über den Inhalt des Vertrags und seine Sonderbestimmungen hatte der Kasseeinverbandsvorstand die Vertreter der Kassee am Sonntag nach dem „Roten Tisch“ eingeladen. Trotz des unangenehmen Wetters hatten sich Vertreter auch der entferntesten Kassee eingefunden und beteiligten sich reger an der Aussprache, nachdem vorher der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Stadt, Adam, eingehende Erklärungen zu den einzelnen Paragraphen gegeben hatte. Weiterhin machte sich die Wahl von Kasseevertretern für den Prüfungsausschuß und für den Ausschluß für ärztliche Angelegenheiten nötig. Hierzu beschloß man, für beide Ausschüsse die gleichen Herren zu wählen, nämlich Reg.-Obersekretär Volz-Dippoldiswalde, Buchdruckereibesitzer Felix Jehne-Dippoldiswalde und Landarbeiter Johne-Reinholdsdorf als Vertreter und als deren Stellvertreter Robert Jenchner-Schmiedeberg (Vertreter der Krankenkasse Eisenwerk Schmiedeberg), Ermin Schäge-Desslunder (Landkrankenkasse Altenberg), Bürgermeister Preßhauer-Raiter (Landkrankenkasse Dippoldiswalde-Land), Paul Walger-Gräßlitz (Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Land), Bürgermeister Sieber-Geising (Ortskrankenkasse Altenberg), Willy Streller-Glaschütze (Ortskrankenkasse Glaschütze), Bürgermeister Stöck, Paul Matthes (Ortskrankenkasse Frauenstein), Ortskrankenkasse Kreischa, die nicht vertreten war, wird noch einen Vertreter benennen. Je nach den zu behandelnden Punkten soll einer der Stellvertreter zu den Verhandlungen des betr. Ausschusses zugezogen werden. Scheidet einer der Obgenannten aus dem Kasseeorgan aus, so wird die betr. Kassee, der er jetzt angehört, einen Nachfolger bestimmen. Längere Zeit unterhielt man sich über die Anstellung von Vertrauensärzten und eines ärztlichen Obergutachters. Für erstere wurden den Kassee vorge schlagen Oberarzt Dr. Schiemann, Jobanniter-Krankenkasse Heidenau, Dr. Wolf-Dresden, Streblener Straße, und Dr. Heinemann-Dresden, Feilgasse. Als ärztlichen Obergutachter wählte man Obermedizinalrat Dr. Herzig, Chefarzt der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dresden. Seiten des Landesverbandes Freilicht Sachsen, Bezirksgruppe Dresden, ist die Abhaltung von Unterrichtskursen für Vorstandsmitglieder und Angestellte angeregt worden. Der Kasseeverband ist damit wohl prinzipiell einverstanden, möchte aber vorerst abwarten, wie sich die Verhältnisse bis zum September (dem zur Abhaltung geplanten Termin) gestalten. Sollte es den Kassee möglich sein, entfallende Kassee dann auszubringen, dann sollen die Kurse Sonnabends, Sonntags in Dresden abgehalten werden. Eine weitere Anregung des gleichen Verbandes betraf die Einrichtung einer Revisionsstelle. Der Revisor ist hierbei nicht als strenger Prüfer, sondern als Berater für die Geschäftsführung und Verwaltung gedacht. Hierzu entspann sich eine längere Debatte. Einerseits betrachtete man ihn zu sehr als Aufpasser, andererseits wollte man ihm Arbeiten aufbürden, die mit zu erledigen ihm unmöglich sein würde. Man einigte sich aber dann doch, beschloß Einrichtung der Revisionsstelle und wählte Geschäftsführer Adam als Revisor. Nach Erledigung verschiedener Anfragen usw. erreichte die Versammlung nach vierstündiger Dauer ihr Ende.

Dippoldiswalde. Das böige Wetter des gestrigen Sonntags war nicht zu Ausschlagen, angetan, der Verkehr auf Eisenbahn und Straße war denn auch nur sehr gering.

Dippoldiswalde. Hauptversammlung des Militärvereins Dippoldiswalde und Umgegend am 7. März 1926 im Gasthof „zur Sonne“. Auch diese Versammlung war erfreulich besetzt. Nach Begrüßung der Erschienenen, insbesondere der neuangeworbenen und auswärtigen Kameraden, durch den Vorsitzenden, Kamerad Oberpostsekretär Werner, berichtete dieser zunächst über geschäftliche Angelegenheiten allgemeiner Art. Alsdann erstattete der Vereinsausführer, Kamerad M. Schmidt, den Rechnungs- und Kasseebericht für 1925. Die Einnahmen in diesem Jahre betragen 2088,00 RM, die Ausgaben 1501,19 RM, so daß 586,81 RM Bestand verblieben sind. Der Gesamtschatzbestand, die Rücklage für Begegnis- und andere Unternehmungen, bezieht sich einschließlich des verbliebenen Kasseebestandes auf

1391,25 RM. Außerdem sind noch 72,60 RM Reste vorhanden. Auf Grund des Entwurfs der Rechnungsprüfer, der Kameraden Opitz und Wegert, wurde die Rechnung richtig gesprochen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Als neue Rechnungsprüfer wählte die Hauptversammlung die Kameraden Pehod und H. Zimmermann. Infolge einer Eingabe des Kameraden Treupel fand eine Aussprache statt über den Vortrag in der letzten Versammlung, den Kamerad A. Zimmermann über das Versicherungswesen hielt. Dabei wurde mehrfach bekräftigt, daß Kamerad Zimmermann allgemein über Notwendigkeit und Wert der verschiedenen Versicherungen gesprochen und keineswegs einseitig für die von ihm vertretene Versicherungsgesellschaft reklamiert gemacht habe. Der bestehende Empfehlungsvertrag zwischen Militärvereinsbund und dem „Allianz“-Kongern ist lediglich erweitert und gestreift worden. Ein Beschluß wurde in dieser Angelegenheit nicht gefaßt. Weiter berichtete der Vorsteher, Kamerad Werner, daß er irgend einen Antrag zur Sammlung von Wählerbestimmungen bei Vereinsmitgliedern bez. eine Ermächtigung dazu nicht gegeben habe, wie offenbar von einzelnen Mitgliedern angenommen worden zu sein scheint. Eine Aussprache fand auch statt über die am 28. Februar stattgefundene Feier zum Gedächtnis der Gefallenen. Alle an dieser Aussprache teilnehmenden Kameraden betonten den würdigen Eindruck und Verlauf der Feier, alle bedauerten aber auch, daß die Vereine nicht rechtzeitig genug auf sie aufmerksam gemacht worden sind und deshalb leider nicht eine viel größere Beteiligung möglich gewesen ist. Auf Antrag des Kameraden Heil beschloß die Hauptversammlung nach Schluß der Aussprache einstimmig, den Kamerad Vorsteher zu ersuchen, eine Besprechung mit allen übrigen Vorstehern der diesigen Vereine in dieser Angelegenheit zu veranlassen. In dieser Besprechung sollen Richtlinien für künftige allgemeine Versammlungen in der Stadt Dippoldiswalde festgelegt werden zu dem Zweck, solche Veranstaltungen rechtzeitig vorzubereiten und allen Vereinen und Korporationen, die sich zu beteiligen wünschen, die geschlossene Teilnahme zu ermöglichen. Am Schluß der Versammlung kamen noch verschiedene innere Vereins- und Bundesangelegenheiten (Vereinsblatt, neue Bundesfahne usw. betr.) zur Erledigung und am Abend schloß sich ein Tanzabend im Saal der Reichstrone an.

Die nächste Mäterschule findet Dienstag, den 9. März, nachm. von 2-3 Uhr, die nächste Tuberkulose-Sprechstunde Mittwoch, den 10. März, vormittags von 10 bis 12 Uhr im Diakonatsamt.

Am Montag dem 1. März brannte in Lauenstein in der 5. Morgenstunde ein zum Bahnhofshof gehöriges Schuppen nieder, in dem landwirtschaftliche Maschinen usw. untergebracht waren. Der entstandene Brandschaden wurde auf rund 18 000 Mark beziffert. Die von der Kriminalabteilung Dresden geführten Ermittlungen hatten zur Folge, daß der Wirt des Bahnhofshotels, Georg Dieckhoff, unter dem dringenden Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung festgenommen und dem Amtsgericht zugewiesen wurde. Wie verriet, hatte Dieckhoff sehr hoch residiert, auf der anderen Seite war er angeblich stark in finanzieller Bedrängnis geraten. Andere festgestellte Vorkommnisse verpflichteten weiterhin den Verdacht. Zugehört hatte der Verdacht das ihm zur Last gelegte Verbrechen bisher nicht.

Vermisst werden seit Wochenfrist aus Waucha die beiden Kinder eines Schachtmeisters Baranbruch, die beide am 1. März gegen 7 Uhr morgens zur Schule gefaßt wurden, dort aber nicht eingetroffen sind. Ob den Kindern ein Unglück zugefallen oder gar ein Verbrechen vorliegt, oder ob sie irgendwo umher treten, dürften die behördlichen Ermittlungen ergeben. Am Sonntag abend war über Verbleib der beiden Schulkinder noch nichts Näheres bekannt geworden.

Siebnitz. Aufsehen erregt hier das Verschwinden des Schuldirektors Spreer. Er hat sich am 16. Februar freiwillig ins Krankenhaus nach Rostock begeben, angeblich, weil sein Rheumakrankheit völlig zerrütet sei. Kurz darauf wurden zu dem Fall Tatsachen bekannt, welche sich bei näherer Untersuchung größtenteils als nichtig erwiesen. Es hat sich herausgestellt, daß Sp. schwer ver schuldet ist und verabschiedlich Wechselstellung begangen hat. Auch in sittlicher Hinsicht erweist er vor der Öffentlichkeit schwer belastet. Wegen Vergleichs an einer Fortbildungsschülerin ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. Seit Sonnabend ist Sp. pünktlich aus dem Krankenhaus nach Rostock verschwand und ist, wie ermittelt werden konnte, mit dem Zug in Richtung Leipzig gefahren. Es wird polizeilich nach ihm gefahndet.

Leipzig. Am Freitag nachmittag geriet auf der Delitzscher Straße ein 10-jähriger Knabe, der sich mit seinem Rade an ein Automobil geklammert hatte, unter den Wagen und wurde überfahren. Er war sofort tot.

Leipzig. Eine 20-jährige Stütze, die bisher in einer Wirtschaft in Stellung war, hatte einen jungen Mädchen, das sich ihr als Feindin Krüger vorstellte, verraten, daß sie ihre gesamten Kleidungsstücke noch in einem Respektlo in ihrer alten Stellung hatte. Als sie die Sachen abholen wollte, mußte sie die traurige Erfahrung machen, daß ihr Hab und Gut bereits von anderer Seite abgeholt worden war.

Chemnitz. Die zahlreichen nächtlichen Überfälle, die in letzter Zeit auf friedliche Passanten in Chemnitz zu verzeichnen waren, sowie die Zunahme der nächtlichen Diebstähle hat die Chemnitzer Polizei veranlaßt, nächtliche Radstreifen einzuführen. Die Polizeipatrouillen fahren ohne Licht, denn der Zweck der Verbrechensbekämpfung wird erfahrungsgemäß nur dann erreicht, wenn die Patrouillen rasch leise und unbemerkt am Latort erscheinen und die Verbreiter nicht schon von weitem durch das Licht ihrer Radlaternen auf ihr Kommen aufmerksam machen. Die Maßnahmen hat sich bewährt und wird sicher zur Erhöhung der nächtlichen Sicherheit beitragen, zumal die Patrouillen auch Wege beschreiben, die sonst für Radfahrer verboten sind. Die Streifen erstrecken sich auch auf die städtischen Waldungen, wo sich vielfach unsichere Elemente aufhalten pflegen.

Gohland a. d. Spree. Das Verfahren gegen den Atonen-Prädicar Paulin in Bischofswerda ist von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden, da die Untersuchung ergeben hat, daß die 18-jährige Elsa Richter von Gohland das Elternhaus aus eigenem Antrieb verlassen hat.

Chronik des Tages.

Am Sonntag fanden in Genf die Vorbesprechungen der deutschen Delegation mit Chamberlain und Briand statt. Das französische Kabinett ist bei der Abstimmung der Kammer über die vielmalsste Zahlungssteuer in der Minderheit geblieben und hat daraufhin seinen Rücktritt erklärt.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat das neue Kompromiß der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung einstimmig gebilligt.

Die demokratische Parteileitung erwartet, daß die demokratische Wählerliste sich nicht an dem Volksbegehren beteiligt.

Wie verlautet, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, die Parteileitung die Wahl des Ministers a. D. Schiele zum Parteivorstand zu empfehlen.

Nach dem amtlichen englischen Funkpruch, ist anstelle des zurückgetretenen Präsidenten der Enarkommission, Rault, das kanadische Kommissionsmitglied Stephens, in Aussicht genommen.

Die Völkervereinigung der Journalisten wird nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund den Vertretern Deutschlands und der anderen in Genf weilenden Großmächte ein Festessen geben.

Das Genfer Programm.

Wenn keine Zwischenfälle eintreten, wird die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund, die nun schon wochenlang die Gemüter der ganzen Welt beschäftigt hat, am Mittwoch in Genf endgültig vollzogen werden. Für diese Ausnahmeformalität ist ein ganz bestimmtes Programm vorgeschrieben, das auch bei der Prüfung des deutschen Zulassungsantrages peinlichst innegehalten zu werden scheint.

Nachdem bereits im Laufe des Sonntags die angekündigten Vorbesprechungen zwischen den deutschen Vertretern, Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann, einerseits und Chamberlain und Briand andererseits stattgefunden haben, tritt am heutigen Tage der Völkerverbund zu seiner offiziellen Sitzung zusammen, am Nachmittag wird dann die außerordentliche Tagung der Völkerverbundversammlung eröffnet, deren Tagesordnung der Völkerverbundrat in seiner Sitzung vom 12. Februar festgesetzt hat. Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund. Eine Erledigung wird dieser Punkt der Tagesordnung am Tage noch nicht finden können, vielmehr wird zunächst eine Aufnahmekommission eingesetzt mit der formalen Aufgabe, festzustellen, ob die Voraussetzungen der Völkerverbundfassung für die Aufnahme neuer Mitglieder auch in diesem Falle gegeben sind.

Gleichzeitig wird am Dienstag die Kommission zur Verteilung der Lasten zusammentreten, die über Deutschlands Beitragszahlung als Völkerverbundmitglied zu beraten hat. Insgesamt dürfte Deutschland etwa 1,8 Millionen Franken zur Deckung der Unkosten des Völkerverbundes aufzubringen haben. Die Kommissionsberatungen werden den ganzen Dienstag in Anspruch nehmen. Die Aufnahmekommission wird sich ohne Zweifel für die Zulassung Deutschlands aussprechen. Am Mittwoch wird dann die Völkerverbundversammlung eine zweite Sitzung abhalten, um die Berichte der Kommission entgegenzunehmen. Im Anschluß daran wird die Völkerverbundversammlung die Aufnahme Deutschlands endgültig beschließen. Unmittelbar darauf wird die Einführung der deutschen Delegation erfolgen. Am gleichen Tage wird dann noch eine Sitzung des Völkerverbundes anberaunt, die sich mit der Schaffung einer neuen ständigen Ratstelle für Deutschland zu befassen hat. Wenn der Rat die Aufnahme Deutschlands als ständiges Ratmitglied einstimmig beschlossen hat, tritt am Donnerstag noch einmal die Völkerverbundversammlung zusammen, um mit einfacher Mehrheit die Bestimmung Deutschlands zum ständigen Ratmitglied zu genehmigen.

Die außerordentliche Tagung der Völkerverbundversammlung würde damit abgeschlossen sein, dagegen wird der Völkerverbundrat am Freitag erst mit seiner eigentlichen Arbeit beginnen, die ihn mehrere Tage beschäftigen wird. Auf der Tagesordnung stehen u. a. auch verschiedene das Saargebiet betreffende Fragen, die für Deutschland von besonderem Interesse sind. Zum ersten Male nimmt an diesen Beratungen auch der deutsche Außenminister teil, der es als seine vornehmste Aufgabe betrachtet wird, die politischen und kulturellen Rechte des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit zu wahren und zu verteidigen. Allerdings wäre es verfehlt — so erklärte Reichsaußenminister Dr. Stresemann kurz vor seiner Abreise nach Genf — vom Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund eine grundlegende Veränderung der deutschen außenpolitischen Situation zu erwarten. Wohl aber bedeutet er nach Ansicht des Ministers einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege zum Abgrund, in den uns der Krieg geführt hat, zu dem Plaque, der Deutschland unter den Völkern gebührt.

Die Deutschen in Genf.

Erste Vorbesprechungen der „Locarno-Männer.“

Nach einer Genfer Meldung ist dort am Sonntag, abends 8.30 Uhr, die deutsche Delegation, die am Freitag abend in Berlin abgereist war, eingetroffen.

Zum Empfang hatte sich eine große Menschenmenge auf dem Hauptbahnhof eingefunden. In der engen Halle drängten sich zahlreiche Journalisten. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann entließen — gefolgt von den Staatssekretären von Schubert und von Kempner, Geheimrat Gaus und Ministerialdirektor Dr. Kiep — als erste einem dem Zuge angehängten Sonderwagen. Die Minister saßen hierauf, nachdem sie zahlreiche Photographen standgehalten hatten, nach dem Hotel Retropol, auf dem auch die schwarz-rot-goldene Fahne weht.

Auf die Frage, wie der Reichskanzler den Sturz Briands betrachte, erwiderte Dr. Luther, er könne sich darüber noch nicht äußern, da ihm die näheren Umstände der französischen Regierungskrise nicht bekannt seien. Selbstverständlich würde Briands Sturz von größter Bedeutung für die allgemeine Politik sein.

Briand traf am Sonntag früh zusammen mit Chamberlain und dem polnischen Außenminister, Grafen Straynski, in Genf ein. Bereits im Laufe des Vormittags fand die erste Unterredung zwischen Briand, Chamberlain und dem Reichskanzler Dr. Luther und Dr. Stresemann statt. Briand und Chamberlain hatten ihre gemeinsame Fahrt bereits zu Vorbesprechungen benutzt.

Dem Vernehmen nach bestätigt es sich, das Chamberlain ohne eine feste Bindung des Kabinetts nach Genf gekommen ist. Dem englischen Außenminister ist, wie es heißt, nach einer sehr lebhaften Kabinettsitzung vollkommen freie Hand gelassen worden. Ueber das vermutliche Ergebnis der vor der gemeinsamen Abfahrt zwischen Briand und Chamberlain stattgehabten Besprechungen wird aus Paris mitgeteilt, man rechne in Paris allgemein damit, daß Polen seine Ansprüche nicht durchgesetzt hat.

Briand gestürzt.

Die Regierungsniederlage in der Steuerfrage. — Mit 53 Stimmen in der Minderheit geblieben.

Während die französische Völkerverbundsdelegation die letzten Vorbereitungen für die Reise nach Genf traf, nahmen die Finanzberatungen in der Pariser Kammer plötzlich eine Wendung, die zunächst die Beteiligung Briands an der Völkerverbundtagung vollkommen in Frage zu stellen schien. Nach einer stürmischen Nachtsitzung beantragte der Kommunist Lafont am Sonntag früh gegen 8 Uhr die Vertagung der

Beratung des Zahlungssystems, der die französische Form der Umsatzsteuer darstellt und den wichtigsten Bestandteil der Finanzvorlage bildete. Briand setzte sich darauf in einer großen Rede, in der er die Vertrauensfrage stellte, für die Bewilligung dieser stark umstrittenen Steuer ein.

Trotz der Prüfung des Ministerpräsidenten, im Falle der Nichtannahme zurückzutreten und Frankreich bei der bevorstehenden Völkerverbundtagung nicht zu vertreten, nahm die Kammer mit 274 gegen 221 Stimmen den kommunistischen Vertagungsantrag an. Somit war das Kabinett Briand mit 53 Stimmen in der Minderheit geblieben. Nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses erklärte Briand, er werde sofort dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreichen und nicht nach Genf gehen.



Briand

Kurz darauf hat sich Briand doch wieder anders besonnen. In der Kabinettsitzung, die unmittelbar nach Schluß der Kammerberatung stattfand und in der das Kabinett seinen Rücktritt beschloß, erklärte Briand, er werde zwar nach Genf reisen und als inoffizieller Vertreter Frankreichs an den entscheidenden Vorbesprechungen der Locarno-Mächte teilnehmen; da er aber in der Kammer gestürzt worden sei, könne er an den offiziellen Verhandlungen des Völkerverbundes nicht teilnehmen. Aller Voraussicht nach wird Briand am heutigen Montag nach Paris zurückkehren, um gemeinsam mit dem Präsidenten der Republik die nötigen Schritte zu einer Neubildung der Regierung zu unternehmen.

Der Einbruch in Berlin.

Die unerwartete Nachricht von dem Sturze Briands hat naturgemäß auch bei den Berliner amtlichen Stellen große Ueberraschung hervorgerufen, zumal die ersten Pariser Meldungen ausdrücklich dahin lauteten, daß Briand nicht nach Genf gehen werde. Als kurz darauf die zweite Meldung aus Paris eintraf, daß Briand trotz seiner Demission nach Genf abreisen werde, beruhigte sich die Stimmung wieder. Indessen rechnet man damit, daß für die entscheidende Ratifizierung dem sozialistischen Parlamentarier Paul Boncour die Stimme Frankreichs übertragen wird. Paul Boncour war bisher zweiter Delegierter Frankreichs beim Völkerverbund. Eine Gefährdung der Völkerverbundtagung glaubt die Reichsregierung in der innerfranzösischen Entwicklung jedenfalls nicht erblicken zu können.

Die Reichsmarine.

Aus dem Reichstag.

— Berlin, den 6. März 1926.

Der Reichstag erlebte am Sonnabend zunächst den Rest des Herretrats und begann alsdann mit der zweiten Lesung des Haushalts für die Marine. Auch hier hat der Ausschuss erhebliche Abstriche gemacht. In einer Entschließung wird empfohlen, die Beschaffung des gesamten Reichsbedarfs zur Erzielung möglichst großer Ersparnisse zentral einzurichten.

Abg. Nuhn (Soz.) beantragte namens der sozialdemokratischen Fraktion, sämtliche Forderungen für Schiffsbauarbeiten zu streichen. Eine Bewilligung sei unverantwortlich in einer Zeit, wo Millionen Menschen hungern und hunderttausende Menschen unarbeitslos wohnen. Für den Schutz unserer Küsten, der Kaufahrtschiffe und der Fischerzucht brauchen wir keine Kriegsschiffe mit Minenschiffen und zehn Admiralen. Die Verbindung zwischen Heimat und Auslandsdeutschen kann durch bewillmächtigte Handelsschiffe besser hergestellt werden als durch Kriegsschiffe. Zur Hebung unserer Wirtschaft sind andere Faktoren notwendig als die Besuche von Kriegsschiffen im Auslande.

Abg. Trevelyan (Entl.) erklärte, nur mit schwerem Herzen hätten seine Freunde den Abstrichen zugestimmt, und zwar erst, nachdem sich die Marineverwaltung damit einverstanden erklärt hatte. Die alten Fahrzeuge müssen durch Neubauten ersetzt werden, soweit es der Verfallener Ver-

trag zuzieht. Die Auslandsfahrten unserer Kreuzer sind besonders zu begründen, weil sie dazu beitragen können, das Propagandawerk gegen Deutschland zu zerreißen.

Abg. Brückmann (D. Sp.) stellte fest, daß von einer wirklichen Flottenabrüstung bei den anderen Staaten nichts zu hören sei. Polen mache in letzter Zeit die größten Anstrengungen, sich auch eine Flotte zuulegen. Von französischer Seite würden diese Bemühungen eifrig unterstützt. Wohl der neuesten französischen Torpedoboote würden jetzt an Polen abgegeben. Auch an Rumänien und Griechenland würden französische U-Boote geliefert. Es sei unmöglich, unsere Marine die Mittel zu ihrem Ausbau zu verweigern. Von den 54 Millionen für die Bauten entfallen nicht weniger als 43 auf Arbeitslöhne. Das sollte doch die Sozialdemokratie berücksichtigen, die sich so gern als arbeitslose Arbeiterpartei bezeichnet.

Abg. Gumburg (Komm.) erklärte, die kommunistische Fraktion lehne den Marineetat ab, weil die Flotte ein Instrument gegen die Arbeiterklasse und gegen Sowjetrußland sei.

Abg. Graf Reventlow (Bölk.) erinnerte an die übertriebenen Flottenrüstungen der Feinde.

Reichswehrminister Dr. Gessler

besprach die Ersatzbauten, die notwendig seien, weil die Reparatur überalterter Schiffe eine über angebrachte Sparsamkeit sei. Es sei vaterländische Pflicht, unsere maritimen Kräfte im Rahmen der Versailles Bestimmungen zu erhalten. Regelmäßige Ersatzbauten sind erforderlich, auch im Interesse unserer Wirtschaft. Die Auslandsreisen unserer Kreuzer haben außerordentlich günstig gewirkt. Volk, Meer und Marine gehören zusammen. In dem Sinne soll weitergearbeitet werden.

Der Marineetat wurde dann in zweiter Lesung erledigt. Die neuen Schiffsbauten wurden bewilligt. Abg. Berg (Komm.) begründete dann einen Antrag, der gegen angebliche Sabotageversuche am Volksbegehren zur Frage der Fürstenabfindung Protest erhebt.

Reichsminister des Innern Dr. Müll veräußerte, es werde mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß Sabotageakte nicht vorkommen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Montag.

Das Fürstenkompromiß.

Grundsätzliche Einigung über die kritischen Fragen. Vordringlich der Zustimmung der Fraktionen.

Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten haben die Verhandlungen über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstentümern jetzt zu einer Verständigung zwischen dem Reichskabinett und den Regierungsparteien geführt. In der letzten Sitzung, die das Reichskabinett vor der Abreise der deutschen Delegation nach Genf abhielt, fand ein Kompromißentwurf des Reichsjustizministeriums einstimmige Zustimmung. Im Anschluß daran traten die Führer der Regierungsparteien unter Zuziehung der Wirtschaftlichen Vereinigung unter dem Vorsitz Dr. Luthers zu einer Besprechung über das Abfindungskompromiß zusammen. Alle Beteiligten legten großes Gewicht darauf, vor der Abreise des Reichskanzlers nach Genf zu einem Ergebnis zu gelangen. Umstritten waren im wesentlichen folgende Punkte: Zusammenlegung des Sondergerichts, rückwirkende Kraft des Gesetzes und einzelne Fragen über die Teilungsmasse. In allen Punkten wurde unter den anwesenden Parteiführern und Ausschussmitgliedern eine grundsätzliche Einigung erzielt, wobei die Beschlußfassung den Fraktionen vorbehalten blieb.

Zustimmung der demokratischen Fraktion.

Die demokratische Fraktion hat beschlossen, einstimmig für das Kompromiß einzutreten. Das Zentrum wird sich heute entscheiden, die Deutsche Volkspartei am Dienstag und die Wirtschaftliche Vereinigung sowie die Bayerische Volkspartei ebenfalls an einem dieser beiden Tage. Das Kompromiß wird gegenwärtig im Reichsjustizministerium einer juristischen Ueberarbeitung unterzogen. Es soll am Dienstag in der endgültigen Fassung vorliegen und dann von den Parteiführern noch einmal überprüft werden.

Der Inhalt der neuen Vereinbarungen.

Die bisherige Vorlage ist gegenüber der ersten Fassung wesentlich geändert worden. Bei der Auseinandersetzung soll eine Dreiteilung der vorhandenen Vermögensmasse vorgenommen werden.

Der erste Teil fällt dem Staat zu. Er setzt sich aus allen Objekten zusammen, die von den früher regierenden Häusern auf Grund des Völkervertrags oder des öffentlichen Rechts oder gegen Leistungen erworben sind, die nur kraft der früheren souveränen Stellung erworben worden sind.

Beim zweiten Teil handelt es sich um Objekte, die von den Fürsten ausschließlich auf Grund privater Erbtätigkeit erworben sind. Aus diesem Privatvermögen kann der Staat oder alles herausnehmen, was er aus kulturellen, volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Erwägungen der öffentlichen Hand zuführen will. Ob und welche Entschädigung zu erachten ist, hängt davon ab, ob dieses Objekt dem Bundesfinanzen Nutzen abwirft.

Zum dritten Teil der Vermögensmasse gehören alle Objekte, die sich nicht mit Sicherheit oder nur nach langwierigem Beweis in den ersten oder zweiten Teil eingliedern lassen. Hier hat der Staat ein freies und entschädigungsloses Zugreifen auf alle Objekte, die der öffentlichen Beschäftigung und Benutzung freigegeben worden sind. Es handelt sich dabei z. B. um Theater, Schlösser, Museen, Bibliotheken und Bildergalerien. Diese Objekte werden vom Staat entschädigungslos abgenommen, wenn er nicht aus den Einrichtungen einen finanziellen Nutzen zieht. Weiter ist im Kompromiß festgelegt, daß

Die Aufwertung der Ansprüche der Fürsten

nach den allgemeinen für die Aufwertung geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgt. Sämtliche Verbindlichkeiten, Kronschuldverpflichtungen usw., fallen entschädigungslos weg. Aufrechterhalten ist die Bestimmung, daß die gewährten Gelder nicht für politische Zwecke verwendet werden dürfen. Besonders ausgesprochen ist die

rückwirkende Kraft

des Kompromisses. In die Auseinandersetzung fallen alle Objekte, die gegenwärtig noch zwischen dem Bunde und der fürstlichen Familie kritisch sind. Bereits gefällte Urteile können aufgehoben werden, wenn sie im Widerspruch mit den jetzt aufgestellten Grundgesetzen

